

Nahost-Konflikt

Der neue Antisemitismus

Der Krieg in Gaza führt zu heftigen Protesten. Demonstranten in Europa übernehmen die antijüdische Propaganda der Islamisten. Vor allem junge Muslime und linke Politiker positionieren sich gegen Israel. *Von Pierre Heumann*

Ein eingeschlagenes Schaufenster in einem jüdischen Studentenheim in Genf; Schmierereien in Zürich, die den Davidstern und das Hakenkreuz auf dieselbe Ebene stellen; Schmähbriefe an jüdische Gemeinden; ein Demonstrationsbanner mit der Behauptung, die Lage in Gaza sei schlimmer als der Holocaust: Israels Krieg gegen die radikal-islami-sche Hamas in Gaza, der am Sonntag nach drei Wochen mit einem brüchigen Waffenstillstand zu Ende ging, schürt Emotionen, die sich gegen Juden richten.

Anzeige



Es sei zwar für die Schweiz völlig falsch, die wenigen antijüdischen Äusserungen «als Vorzeichen einer sich anbahnenden antisemitischen Welle zu thematisieren», sagt der Zürcher Geschäftsmann Roman Rosenstein, der sich seit Jahren im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus engagiert. Doch Israels Aussenministerin Zipi Livni äussert sich besorgt, weil «in vielen Teilen der Welt zahlreiche Berichte über physische, verbale und andere Formen antisemitischer Attacken gegenüber Juden und israelischen Bürgern registriert worden sind».

Todesdrohungen gegen Juden

In Oslo laufen Jugendliche Amok, schlagen Schaufenster ein und rufen — erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg, als Nazideutschland Norwegen besetzt hatte — «Tötet die Juden» und «Allahu akbar» («Allah ist grösser»). In Toulouse rammt ein brennender Wagen das Eisengitter der Synagoge, die Polizei stellt einen zweiten Wagen mit Molotowcocktails sicher. In Holland

schreien Demonstranten «*Hamas, Hamas, Joden aan het gas*» («*Hamas, Hamas, Juden ins Gas*»). In Grossbritannien wird ein Rekord an antijüdischen Vorfällen registriert, darunter auch Todesdrohungen gegen Juden und jüdische Organisationen. In Deutschland, sagt Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm, seien israelische und jüdische Einrichtungen und Personen «jetzt besonders gefährdet». Eine Welle antisemitischer Gewalt schwappe durch Europa, fasst die Tageszeitung *Die Welt* die Stimmung auf dem alten Kontinent zusammen.

Schon vor dem Krieg in Gaza hatte der Jerusalemer Historiker Robert Wistrich von einem Paradox gesprochen: Nie zuvor sei Antisemitismus im Westen so verpönt, gesellschaftlich geächtet und politisch unkorrekt gewesen wie heute. Doch nie, so Wistrich, hätten sich seit 1945 Juden in Europa stärker vor einem Ausbruch des Antisemitismus gefürchtet. Nichts gegen Kritik an Israel. Natürlich kann und darf man über Israels Vorgehen gegenüber den Palästinensern geteilter Meinung sein, kann man die eingesetzte brutale Gewalt als «unverhältnismässig» brandmarken. Proteste gibt es auch in Israel, wo an Demonstrationen «die Kriegsverbrechen der israelischen Armee» verurteilt werden — wobei zu sagen ist, dass eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung den Krieg unterstützt hat. Es gibt zudem Stimmen, die den Ausgang des Kriegs in Gaza spitz und mit sehr viel Distanz zusammenfassen. «Israels Erfolg in Gaza beweist nur, dass wir stark sind, nicht aber, dass wir recht haben», sagt der Schriftsteller David Grossman.

Man darf also Israel kritisieren. Kein Zweifel. So wie man Deutschland, Polen oder Australien kritisieren darf. Verwerflich wird das erst, wenn antijüdische Motive und Vorurteile sachliche Argumente verdrängen.

Es existieren zwar keine objektiven Kriterien, um antisemitisch geprägtes *Israel-bashing* als solches zu erkennen. Dennoch gibt es Anhaltspunkte. «Antisemitismus beginnt dort, wo israelische Regierungspolitik mit der jüdischen Diaspora oder der israelischen Bevölkerung als Kollektiv identifiziert wird und antijüdische Stereotype einfließen», sagt der in Basel lehrende Historiker Jacques Picard. Klare Kriterien appliziert auch sein Jerusalemer Kollege Moshe Zimmermann. Wenn israelische Politik aufgrund stereotyper Vorstellungen über Juden beurteilt werde, sei die Kritik unsachlich und unfair. Wenn zum Beispiel ein Cartoon einen israelischen Soldaten vor dem «Blutbad Gaza» zeigt, werden alte Klischees aus dem Mittelalter bemüht, die beim Betrachter antijüdische Reflexe hervorrufen sollen. Nicht nur bei palästinensischen Cartoons würden die Grenzen zwischen antiisraelischer und antisemitischer Denkweise und Handlungspraxis oft verwischt, sagt Zimmermann.

Historiker Wistrich schlägt als Lackmustest die Frage vor, ob Israelkritiker für eine Auflösung oder Ausradierung des jüdischen Staates plädieren, so wie das zum Beispiel die Mullahs in Teheran regelmässig tun. Hamas, Hisbollah und al-Qaida betrachten den Kampf gegen Israel

als Heiligen Krieg, als Teil des globalen Kampfes zwischen dem Islam und den Ungläubigen. An europäischen Kundgebungen wird die Denkweise oft übernommen, dass Israel von der Landkarte verschwinden müsse. Eine Forderung, die gegenüber keinem anderen Staat der Welt denkbar wäre.

Als antisemitisch sind schliesslich auch Kritiken einzustufen, die die Kampfhandlungen in Gaza mit dem Holocaust vergleichen. Diese Gegenüberstellung ist nicht nur eine infame Verniedlichung des Massenmordes an den europäischen Juden während des Zweiten Weltkriegs. Sie ist sachlich falsch. Denn in Gaza wurden Palästinenser nicht systematisch umgebracht. Es gibt in Gaza weder Vernichtungslager noch Gaskammern, wie der Vergleich insinuiert. Wer so argumentiert, stellt Israel und Nazideutschland auf die gleiche Ebene. Und verneint das Existenzrecht Israels.

Auch der populistische Vergleich «Gaza = Getto», wie er an Demos oft unterstellt wird, führt bewusst und boshaft in die Irre. Anders als in Gaza wurden aus den Gettos keine Raketen auf die Nachbarschaft abgefeuert.

Die Linke profiliert sich für die Palästinenser, gegen Israel. Geschickt demonstriert sie immer wieder ihr Talent, Protestkundgebungen durchzuführen, worauf sich die proisraelische Seite weniger gut versteht. Weil die Linke beim Wort «Jude» oft reflexartig an Macht, Kapital und Spekulation denkt, ist sie für Antisemitismus besonders anfällig: Bei der Kritik an Israel, so stellte vor zwei Jahren die Historikerin Christina Späti in einer Dissertation über die schweizerische Linke und Israel fest, sei es zwar oft auch um Solidarität mit den unterdrückten Palästinensern gegangen. In linken Publikationen seien aber antisemitische Klischees und Vorurteile weitertransportiert worden.

Nicht die üblichen Verdächtigen

Solidarität mit Gaza bekundete kürzlich auch Geri Müller, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, als er an einer Anti-Israel-Kundgebung auftrat. Dabei hat er sein Amt wohl gehörig missbraucht, um der israelischen Regierung Moral zu predigen. Mehr als das: Müller schwieg all die Jahre, als die israelische Zivilbevölkerung von Gaza aus mit Raketen beschossen wurde. Man hörte von ihm auch keinen Protest dagegen, dass die Hamas Frauen und Kinder als menschliche Schutzschilde missbrauchte.

Der neue Antisemitismus wird dieses Mal freilich nicht von den «üblichen Verdächtigen» geschürt. Nur ein kleiner Teil ist dem rechts-radikalen Milieu zuzurechnen. Eine Untersuchung im Auftrag der EU hatte bereits vor fünf Jahren festgestellt, dass antijüdische

Gewaltakte in EU-Ländern zunehmend von islamischen Jugendlichen begangen würden, «die, sich auf arabischsprachige Quellen berufend, eindeutig antisemitisch motiviert sind».

Historische Kenntnisse gehen ihnen meistens ab, zeigt die Studie.

An den Ausschreitungen seien oft in Europa sozialisierte junge muslimische Männer beteiligt, sagt Helga Embacher, Leiterin des Salzburger Zentrums für Jüdische Kulturgeschichte.

Antijüdische Kundgebungen sind dort besonders häufig, wo die muslimischen Gemeinden stark gewachsen sind — also in Ländern wie Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Holland, oder in Skandinavien. Das kommt nicht von ungefähr: Fundamentalistische Predigten in den Moscheen, antisemitische Vorurteile, die aus den Heimatländern mit nach Europa gebracht werden, der Einfluss arabischer Medien sowie die Identifizierung mit den Glaubensgenossen in Nahost seien die wichtigsten Ursachen. Europa hat Berührungängste, wenn es zum islamischen Antisemitismus Stellung nehmen sollte. Dabei, so Embacher, gehe es nämlich auch um die heiklen Fragen der Demokratie und Anpassungsfähigkeit des Islams in Europa.

Mit * markierte Artikel sind nur für registrierte «Die Weltwoche»-Abonnenten zugänglich

© 2009 «Die Weltwoche»

Noch nicht Weltwoche-AbonnentIn? Bestellen Sie jetzt Ihr persönliches Abonnement und sichern Sie sich zahlreiche Vorteile:

- Bequeme Lieferung, jeden Donnerstag in Ihren Briefkasten
- Kostenloser Zugriff auf alle Inhalte auf www.weltwoche.ch
- Hochglanz-Extrahefte zum Thema Luxus, 2x pro Jahr*
- Attraktive Leserangebote im «Platin-Club» *

Weltwoche-Jahresabo (51 Ausgaben) Fr. 203.- / Im Vergleich zum Einzelverkauf sparen Sie Fr. 97.90

Weltwoche-Probeabo (10 Ausgaben) Fr. 30.- / Im Vergleich zum Einzelverkauf sparen Sie Fr. 29.-

Unser Aboservice nimmt Ihre Bestellung gerne entgegen:

E-Mail aboservice@weltwoche.ch

Gratistelefon 0800 80 44 80

*nur gültig für Jahresabos

Preise Inland 2008, Angebot gültig bis 31.12.2008